

Berichte

Tagung *Women & Science* der Europäischen Kommission in Brüssel 28.-29.4.1998.

An der Tagung nahmen Natur- und Technik-Wissenschaftlerinnen (und wenige männliche Wissenschaftler) aus den EU-Staaten, aber auch aus vielen anderen Ländern der Welt ebenso teil wie EU-KommissarInnen und Soziologinnen.

Insbesondere nahm die eindrucksvolle 89-jährige Nobelpreisträgerin für Medizin Rita Levi-Montalcini sehr aktiv an der Tagung teil, und berichtete, daß sie nach wie vor forscht.

Die Tagung wurde von Edith Cresson eröffnet und geschlossen. Sie teilt mit, daß das 5. Rahmenprogramm für die Europäischen Forschungsaktivitäten 1998-2002 Anträge von Frauen bewußter unterstützen wird als die früheren.

Die Vorträge berichteten über die eigenen persönlichen Zugänge und Erfolgs-Bedingungen einzelner Wissenschaftlerinnen. Darüber hinaus bringen sie eine ganze Reihe von Daten und Fakten über Wissenschaftlerinnen in Naturwissenschaften und Technik.

Hilary Rose referiert über Frauenforschung in Naturwissenschaften und Technik, etwa die Biographieforschung, die beispielsweise nachwies, daß die Leistungen exzellenter Wissenschaftlerinnen einfach ausradiert worden sind. Nicht nur die Mythen der rationalistischen Wissenschaften, auch die alltägliche Kultur der Wissenschaften passen nicht zum Leben von Frauen und auch reproduktiv tätigen Männern.

Mary Osborne zeigt aktuelle Statistiken über die Frauenbeteiligungen in Europa und auf der Welt in verschiedenen wissenschaftlichen Fächern. Es zeigt sich, daß grob gesprochen die entwickelteren Industrieländer eine wesentlich geringere Frauenbeteiligung in den Wissenschaften insgesamt aufweisen als die weniger entwickelten. So ist die akademische Bildung der Frauen in Portugal am höchsten. Insbesondere im Bereich der Professorinnen ist die Situation in Österreich, Irland, den Niederlanden und Deutschland weitaus am schlechtesten (4-5%). Die Schweiz, die noch vor 10 Jahren den europäischen Tiefststand innehielt, hat diesbe-

züglich erheblich aufgeholt (6% Lehrstühle); England und Schweden mit 8% Lehrstühlen folgen. Am besten schneidet in Europa die Türkei ab (21,5%), gefolgt von Frankreich (13,2%), Finnland, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland. Zum Vergleich haben die USA eine Frauenbeteiligung der *full professors* von 17,9%.

Analog ist die Verteilung der Frauen in den sogenannten harten Natur- und Technikwissenschaften: In Physik, Chemie, Elektrotechnik und Maschinenbau studieren und arbeiten wissenschaftlich prozentuell am wenigsten Frauen in Deutschland, Österreich, England, am meisten in den Entwicklungsländern und Südeuropa, im Mittelfeld liegen gleichermaßen Rußland und die USA.

Insgesamt stellte Helga Schuchard fest: Deutschland ist in bezug auf Chancengleichheit in der Wissenschaft, und besonders in Natur- und Technikwissenschaften ein Entwicklungsland!

Christine Wenneras stellte ihre Untersuchung mit Agnes Wold des Reviewing Prozesses 1995 für *postdoctoral fellowships* im Bereich Biomedizin, (veröffentlicht in Nature Vol. 387, Mai 1997) vor, die für die schwedische Forschungsinstitution im Bereich Biomedizin zeigte, daß bei der Vergabe von Forschungsmitteln ein erheblicher geschlechtsspezifischer bias herrscht.

Hinsichtlich der 3 Parameter: wissenschaftliche Kompetenz, Forschungsvorschlag und Methodologie wurden Frauen in allen 3 Bereichen niedriger eingestuft, am schlechtesten aber in wissenschaftlicher Kompetenz. Statistische Methode war dabei multiple Regressionsanalyse. Alle Informationen, die die Reviewer hatten, wurden aufgenommen, die Ergebnisse ergaben positive Einflüsse auf die Einschätzung der wissenschaftlicher Kompetenz von 3 Variablen in der Reihenfolge:

1. Wissenschaftliche Produktivität,
2. Mann zu sein,
3. Bekanntheit mit dem Reviewer.

Die Größe des männlichen Bonus war: Frauen mußten 2,6 mal mehr Veröffentlichungen in renommierten Zeitschriften vorweisen als Männer. Die Einstufung der mit den besten Männern vergleichbaren Frauen lag wenig höher als die Einstufung der schlechtesten Männer.

Es gibt also einen Geschlechterbias auf 3 Ebenen:

Applikationsbias: viel weniger Frauen beantragen Auswertungsbias: s.o.

Verteilungsbias: Frauen bekommen kleinere Stipendien und von kürzerer Dauer als Männer.

Bedenkt man, welch große Anstrengungen dieses Land (Schweden) auf politischer, gesetzlicher und struktureller Ebene, auch in den Wissenschaften, unternimmt, um die Frauenarbeit und die Gleichbehandlung durchzusetzen, so kann bezüglich der hiesigen Situation nur noch viel Schlechteres vermutet werden. Doch es muß bei solchen Vermutungen bleiben, denn deutsche Forschungsinstitutionen weisen nicht die gleiche Offenheit wie schwedische auf: Evaluationen ihrer eigenen Bewilligungspraxis sind schon deshalb unmöglich, weil die Geheimhaltungspraxis gutachterlicher Tätigkeiten dies verbietet.

Die Diskussionen förderten eine Menge Wissen zutage, die Vorurteile gegen Frauen vermindern können, so etwa dies: Verheiratete Frauen sind produktiver als unverheiratete (sie haben den richtigen Ehemann gewählt!), solche mit Kindern im Betreuungsalter nicht weniger produktiv als unverheiratete ohne Kinder, produktiver sogar als beide anderen Gruppen, wenn die Kinder erwachsen sind.

Für mich am interessantesten war insgesamt die in jeder Hinsicht kontingente Situation der Wissenschaftlerinnen: Je nach Land, Fach und Statusgruppe ist die Frauenrepräsentation jeweils unterschiedlich. Wenn wir deutschsprachigen Forscherinnen einen positiven Ausblick daraus gewinnen wollen, so den, daß diese Unterschiede Chancen für Veränderung öffnen, und daß diese auch durchaus rasch vor sich gehen können, wie das Beispiel Schweiz zeigt.

Britta Schinzel

Tagungsbericht

Nationale Integration oder nationalistische Versuchung? Politische Vorstellungen und Leitbilder von Frauen in Deutschland und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg

Gemeinsames Kolloquium des Graduiertenkollegs am Frankreich-Zentrum und des Historischen Seminars der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg am 15. und 16. Mai 1998

Seit Mai letzten Jahres gibt es am Historischen Seminar der Universität Freiburg ein neues Forschungsprojekt der Geschlechtergeschichte:

„Germania und Marianne - Frauen und Nationalismus im deutsch-französischen Vergleich, 1914-1940“, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Einbindung von Frauen in nationalistische Bewegungen und Politik in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu untersuchen. Der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiten zum französischen und deutschen Nationalismus liegt die gemeinsame Überzeugung zugrunde, daß der nationalistische Diskurs aufgrund seiner vorwiegend außenpolitisch, militärischen Thematik ein männlich geprägter Diskurs ist. Nationalistische Rhetorik jedoch ist immer geprägt von Geschlechtsstereotypen, die männliche und weibliche Rollen zuschreiben. Ist die Forschung zur progressiven Frauenbewegung in beiden Ländern seit den siebziger Jahren gut dokumentiert, sind nationalistische Frauen nur selten Gegenstand der Forschung. Der Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland soll insbesondere klären, welche Rolle unterschiedliche politische Bedingungen und eine verschieden geprägte politische Kultur in beiden Ländern spielten und nationalistische Frauen in ihrem Engagement beeinflussen.

Im Rahmen dieses Projektes fand das oben genannte Kolloquium mit französischen und deutschen Historikerinnen statt.

Prof. Dr. Joseph Jurt (Freiburg) wies in seiner Begrüßung darauf hin, daß nach einer langen Phase, in der der Nationalstaat durch die Exzesse des Nationalismus belastet war (K. Jaspers), er im Zuge der europäischen Integration eine neue Bedeutung erlangt. Nach Norbert Elias bleibt der Nationalstaat die größte Identifikationseinheit, der wichtigste Bezugspunkt. Die Rolle der Frauen, ihre Integration in den Nationalstaat, ihre

individuelle Emanzipation und das Bewußtwerden ihrer neuen Möglichkeiten sind wichtige Forschungspunkte.

Nachdem Prof. Dr. Ingrid Gilcher-Holtey (Bielefeld) in der methodischen Einführung vier Untersuchungsebenen der nationalen Integration, die auf dem Tagungsprogramm basierten, genannt hatte (politische Vorstellungen, Ideen und Leitbilder - auch im Unterschied zu Männern; symbolische Praktiken, Aktions- und Organisationsformen; Lebensformen; symbolische Repräsentation der Nation durch weibliche Personen), stellte sie kurz die Entwicklung der Frauenforschung dar: Während in den siebziger Jahren Frauen bei der Erforschung im Zentrum standen und durch die Dichotomie Mann-Frau bestimmt waren, tritt seit den achtziger Jahren in der Diskussion um *sex* und *gender* das Geschlecht als soziale Kategorie, das Frauen und Männer betrifft, in den Mittelpunkt. Für ein besseres Verständnis weiblicher und männlicher Lebenswelten regte sie an, Bourdieus Konzept des *Habitus*, das er 1979 in *La Distinction* (dt.: Die feinen Unterschiede) entwickelte und das den Ausschluß der Frauen aus dem öffentlichen Raum erklärt, auf Frauen anzuwenden: Gibt es einen geschlechtsspezifischen Habitus?

Insgesamt gab es vier Oberbereiche, die komparatistisch aufgebaut waren:

Die erste Sektion galt dem Thema „Die nationale Aufgabe der Frau - Vorbilder, Selbstbilder und Fremdbilder in Frankreich und in Deutschland“.

Barbara Straub (Freiburg) untersuchte die Situation nationalistischer Frauen in Frankreich, die dort weniger organisiert und öffentlich waren als in Deutschland. Während der großen Krisen der Dritten Republik traten sie aber in Erscheinung, was am Beispiel der Schriftstellerin *Gyp*, die als engagierte Antisemitin gegen Dreyfus Stellung bezog, verdeutlicht wurde. Wichtigste Vorbilder waren Jeanne d'Arc als Befreierin Frankreichs, die seit Ende des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich rechtsextremen Parteien und Organisationen als Bezugspunkt diente - bis heute, wenn sie Plakate des *Front National* zielt. Nach dem Ersten Weltkrieg spielte insbesondere Louise de Bettignies, eine Spionin, die von den Deutschen gefangen genommen wurde und in Haft starb, als Vorbild eine wichtige Rolle. Nationalistisch orientierte Frauen finden sich nach 1918 in den *section femmes* rechtsextremer Ligen, vorgeführt am Beispiel der

Jeunesses patriotes und der *Action française*. Methodisch schwierig zu erforschen sind die Selbstbilder dieser Frauen, da sie selbst kaum Zeugnis über ihre Anschauungen, Ideen und (nationale) Wünsche abgelegt haben. Die wichtigste Aufgabe der Frau wird, verstärkt durch die Verluste des Ersten Weltkrieges, dem Vaterland Kinder „zu schenken“ - eine Aufgabe, die sowohl von konservativen als auch emanzipierten Frauenorganisationen mitgetragen wurde.

Andrea Süchting-Hänger (Freiburg) konzentrierte sich auf den Frauenausschuß der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) in den zwanziger Jahren, der sich zum größten Teil aus berufstätige, bürgerliche Frauen, oft Akademikerinnen zusammensetzte. Dies stand in krassem Gegensatz der von ihnen vertretenen Ideologie der Hausfraulichkeit. Als ein Sammelbecken der Opposition gegen das gehaßte „System von Weimar“ formulierten sie Forderungen einer politischen Revision, den Kampf gegen das „Versailler Diktat“ und den §231 (Kriegsschuldparagraphen), die oft sehr radikal waren, da die Frauen von politischer Verantwortung entbunden waren. Der Ruf nach der Tat des „deutschen Mannes“ ging einher mit einem Bedürfnis nach Unterordnung unter den Parteivorsitzenden Hugenberg. Allerdings unterschieden sie sich in diesem Punkt nicht von männlichen Parteimitgliedern! Wichtigstes Vorbild nationalistischer Frauen war Königin Luise (1776-1810), Inkarnation der Germania, die aufgrund ihres Patriotismus während der Befreiungskriege und ihrer Mütterlichkeit verehrt wurde und ein Gegenbild der „modernen“ Frau der zwanziger Jahre darstellte. Reale Ohnmacht ging bei diesen Frauen, so Süchting-Hänger, einher mit phantasierter Allmacht.

Unter dem Oberthema „Konfrontation mit sozialen und ökonomischen Kriegsfolgen“ referierte Dr. Birthe Kundrus (Oldenburg) über „Die (Un-) Ordnung der Geschlechter. Zur Erfahrungs- und Wirkungsgeschichte des Ersten Weltkriegs in Deutschland“. Sie fragte in ihrem hervorragenden Vortrag nach den durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen Veränderungen im Geschlechterverhältnis auf der erfahrungs-geschichtlichen und normativen Ebene, sowie dabei nach der Bedeutung des Nationalen. Die Untersuchung verschiedener Diskurse zeigt, daß bei Ausbruch des Krieges die nationale Pflichterfüllung für beide Geschlechter galt: sowohl an der Front als auch an der sogenannten „Heimatfront“. Die innerfamiliäre Machtverteilung änderte sich, da Frauen die Aufgaben der Männer über-

nahmen. Allerdings steht der These eines neuen Rollenverständnisses und einer Beschleunigung der Emanzipation durch die Abwesenheit der Männer die Beschränkung der neuen Erfahrung durch die Kriegssituation gegenüber sowie administrative Instruktionen, die weibliche Handlungsräume klar eingrenzten. Des weiteren stellte Dr. Kundrus aufgrund neuerer Forschungsergebnisse, die vor allem auch die ländliche Bevölkerung einschließen, die These einer durch den verlorenen Krieg verunsicherten Männergeneration, wie sie sie noch in ihrer Dissertation vertreten hatte, teilweise in Frage.¹ Diese These bedarf einer Korrektur, wenn auch die Männlichkeitskrise in der Weimarer Republik verschiedene Problemlösungen erfuhr, nicht zuletzt in männerbündischen Bewegungen wie der der Nationalsozialisten. Der Erste Weltkrieg hatte weitreichende Konsequenzen in den destabilisierten Geschlechterbeziehungen, aber auch in den Erschütterungen der Idee der Nation in Deutschland: Er hinterließ nicht nur die „Unordnung“ der Geschlechter, sondern auch die „Verstörung einer Nation“.

Der französische Vortrag zu diesem Thema widmete sich den Kriegerwitwen – „des Mariannes délaissées“. Stéphanie Petit (Amiens) bemängelte zu Beginn ihres Vortrags die Konzentration der Forschung auf Soldaten und das damit einhergehende Nichtbeachten der Soldatenfrauen: wird die Zahl von 1 400 000 gefallener Soldaten genannt, so findet man fast nirgends die dazu gehörende Zahl von 600 000 Kriegerwitwen, die sich oft schuldig fühlten, überlebt zu haben und unter starken sozialen, emotionalen und ökonomischen Schwierigkeiten litten. Der Staat versuchte zwar einerseits, die Kriegerwitwen zu „nationalisieren“, begünstigte aber andererseits auch sehr die Wiederverheiratung: Über 40% der Kriegerwitwen haben in Frankreich wieder geheiratet (in Deutschland knapp 30%), die meisten in den Wochen nach dem Waffenstillstand.

Unter dem Obertitel „Frauen auf dem Weg in die Politik“ sprach zuerst Dr. Florence Rochefort (Paris), die eine der ersten neueren Monographien über die französische Frauenbewegung geschrieben hat.² Sie stellte

¹ Birthe Kundrus: *Kriegerfrauen: Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1995.

² Laurence Klejman, Florence Rochefort: *L'égalité en marche. Le féminisme sous la Troisième République*, Paris 1989.

die provozierende Frage: „Y'a-t-il un retard français? L'accès à l'égalité politique des sexes d'un point de vue comparatif. Quelle singularité française?“. In ihrem Beitrag wollte sie mitnichten die „archaïsmes français“ verniedlichen, sondern den Zugang zu politischer Gleichheit jenseits nationaler Besonderheiten untersuchen. Die Französinnen erhielten das Wahlrecht erst am 21.4.1944, (in Deutschland: 12.11.1918) allerdings wird kaum von einer belgischen, schweizerischen ... Verspätung gesprochen. Zu großen Teilen ist die Diskussion um das Wahlrecht geprägt durch die Spaltung der „Deux France“-„un débat franco-français“ zwischen antirepublikanischen Katholiken und antiklerikalen Republikanern. Im Unterschied zu Deutschland gelang es dem Sozialismus in Frankreich nicht, Frauen zu integrieren; die zweite große Bewegung des 19. Jahrhunderts, der Positivismus von einem starken Antifeminismus geprägt. Frauen waren in Parteien und Gewerkschaften nur sehr schwach vertreten. Die frauenfeindliche Haltung des Senats ermöglichte es, so Rochefort, einigen Männern, in der Nationalversammlung für das Frauenwahlrecht zu stimmen, da sie wußten, daß die Vorlage im Senat abgelehnt werden würde. (So geschah es 1922, 1928 und 1932) Als weiteres entscheidendes Hindernis ist die Entwicklung der katholischen Frauenbewegung zu nennen, die eine Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Frauenbewegung ablehnte. Neben diesen spezifisch französischen Gründen nannte Dr. Rochefort auch Hindernisse, die allen Ländern gemeinsam waren: eine Gesellschaft, die sich auf der Ungleichheit der Geschlechter konstruierte und ein starker Wille, die soziale und politische Ungleichheit aufrechtzuerhalten. In Frankreich folgte im Gegensatz zu anderen Ländern auf den Ersten Weltkrieg keine Änderung des politischen Systems, keine politischen und nationalen Brüche, die einen Zugang zur politischen Staatsbürgerschaft für Frauen erleichterten. Auch wenn sich auf juristischer und politischer Ebene für Frauen keine Änderung infolge des Ersten Weltkrieges ergab, so erwachte bei ihnen doch „la naissance de l'identité nationale féminine“.

„Die weiblichen Abgeordneten in der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung“ war der deutschen Seite gewidmet. Barbara Wedding (Berlin) stellte fest, daß nationale Politik für die 21 weiblichen Abgeordneten (dies entsprach 5%) keine Rolle spielte. (Der Anteil der Frauen im Reichstag betrug 1919 9,6%, eine Zahl, die erst 1983 übertrof-

fen wurde!) Die Parlamentarierinnen kamen meist aus der Verbandsarbeit (katholische Frauenverbände, Verband katholischer Lehrerinnen ...) und vertraten vorwiegend das Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“, kämpften für Gleichberechtigung, Koedukation, eine verbesserte Wohlfahrts- und Gesundheitspolitik. Sie engagierten sich gegen das Beamtinnenzölibat in Preußen, das allerdings 1932 mit den Stimmen der SPD auf Reichsebene bekräftigt wurde. Obwohl in jeder Partei Frauen vertreten waren (den größten Anteil hatte die DVP) traten sie in Plenarsitzungen kaum an das Rednerpult, sondern meldeten sich vor allem in den Ausschusssitzungen zu Wort. Ihre seltene parlamentarische Präsenz wurde durch die Regel verstärkt, daß pro Fraktion und Sitzung nur zwei Redner/Innen zugelassen waren. Männliche Abgeordnete hatten wenig Interesse, frauenspezifischen Themen aufzugreifen, so daß ihre Anliegen keine Unterstützung fanden.

Der letzte Vortrag widmete sich der Verbindung „Katholische Frauenbewegung und Nationalismus in der Weimarer Republik“. Dr. Birgit Sack (Bonn) beleuchtete die besondere Stellung der KatholikInnen in Deutschland, die geprägt war durch eine im 19. Jahrhundert nur partiell erfolgte nationale Integration. Diese wurde erschwert durch eine „protestantisch dominierte Nationalkultur“ und den „Kulturkampf“ unter Bismarck. Während des Ersten Weltkrieges sah auch die katholische Frauenbewegung ihre einzige Aufgabe darin, ihre „vaterländischen“ Pflichten zu erfüllen - verbunden damit war die Hoffnung auf Anerkennung und Integration. In der Weimarer Republik kam dem affirmativen Rekurs auf die Nation nicht zuletzt eine Ersatzfunktion im Hinblick auf die fehlende Identifikation mit der demokratischen Republik zu. Der Nationalismus der katholischen Frauen hatte darüber hinaus auch eine frauenpolitische Integrationsfunktion. In den frühen 30er Jahren rückten auch die Katholikinnen unter der Zunahme des nationalen Drucks weiter nach rechts, allerdings grenzten sie sich deutlich von der nationalistischen Rechten, insbesondere den Nationalsozialisten, ab, indem sie ihre eigene nationale Gesinnung betonten. Die „Herausbildung einer nationalen, nicht nationalistischen Haltung“ betrachteten sie als wichtige Aufgabe.

Lebhafte Diskussionen kennzeichneten die Tagung, bei der wohl fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer neue Denk- und Forschungsanstöße mitnahmen. Insgesamt hätten aber einige Vorträge noch stärker auf

die Ausgangsfrage der „Nationalen Integration oder nationalistischen Versuchung?“ zugespitzt sein können. Bestätigt wurde das Forschungsdesiderat über nationalistische Frauen noch einmal in der Schlußdiskussion, nicht zuletzt auch durch die Konzentration einiger Diskussionsbeiträge auf moderne Frauen, was unter anderem am Beispiel des Romans *La Garçonne* (1922) von Victor Margueritte thematisiert wurde.

Es zeigte sich aber, daß die Definition von 'Nation' nicht ohne eine interne Geschlechterdifferenz denkbar ist, die allerdings zugleich eine Geschlechterhierarchie festlegt, was sich in der Ungleichheit im Zugang zu politischer Herrschaft widerspiegelt. Die Teilnahme von Frauen wurde häufig als „Dienst“ oder „Opfer“ für die Nation gesehen, ohne jedoch die damit verbundenen Emanzipationshoffnungen und -wünsche von Frauen einzulösen. Der Wunsch nach „Zugehörigkeit“ war für viele Frauen der Anlaß, sich für die Nation zu engagieren. Mütterlichkeit wird in diesem Sinne in den „Dienst der Nation“ gestellt und sogar bis zum „Opfer-Tod“ (von Ehemännern, Söhnen, Vätern ...) mitgetragen. Entgegen der Hoffnungen konnte aber diese vermeintliche Chance, sich über die „Zugehörigkeit zur Nation“ als Gleichrangige zu fühlen, nicht realisiert werden. Nationale Integration, sofern sie stattgefunden hatte, bedeutete keine - wirkliche - politische Teilhabe, sondern allenfalls eine soziale. Die Hoffnungen auf weibliche Emanzipationschancen im Kontext von Nation erfüllten sich weder in Deutschland noch in Frankreich.

Barbara Straub

Gender Studies

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Eine Zwischenbilanz

Nach jahrelang geführten Diskussionen um die Etablierung der sogenannten „Frauenforschung“ an der Universität Freiburg brachte der Studierenden-Streik im Wintersemester 1997 neue, wichtige Impulse. Im Februar 1998 fand eine Veranstaltung von Studierenden, Dekanen und Frauenbeauftragten mehrerer Fakultäten unter dem Titel „Strategien zur Etablierung von Geschlechterstudien“ statt. Dabei wurde konkret die Einrichtung eines neuen, interdisziplinären Studiengangs - „Gender Studies“ - an der Freiburger Universität als Ziel ins Auge gefaßt.

Seitdem ist in kurzer Zeit viel geschehen: Im Frühjahr 1998 wurde von der Frauenbeauftragten der Universität Freiburg, Prof. Dr. Elisabeth Cheauré, eine universitätsweite Erhebung zu Aktivitäten im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung durchgeführt. Auf der Basis dieser Umfrage konnte erfreulicherweise eine intensive und breite Forschungs- und Lehrtätigkeit auf diesem Gebiet festgestellt werden, auf die sich die Planung des Studiengangs „Gender Studies“ stützen kann. Erweitert wird dieses weitgefächerte Angebot noch durch die bereits seit Jahren erfolgreich durchgeführte interdisziplinäre Vortragsreihe „Freiburger Frauenforschung“.

Als erfreulich erwies sich, daß die Universität, besonders der Rektor Prof. Dr. Wolfgang Jäger, sich gegenüber dem Plan der Einführung von „Gender Studies“ als Studiengang sehr aufgeschlossen zeigte, indem eine einjährige Anschubfinanzierung gewährt wurde. Über einen weiteren Antrag, der von der Frauenbeauftragten an das Sozialministerium Baden-Württemberg gerichtet wurde, ist noch nicht entschieden.

Im Juni 1998 schließlich gab der Rektor auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die Universität den neuen Studiengang befürwortet und mit einer Professur aus dem Pool der Universität unterstützen wird. (vgl. *Badische Zeitung* vom 12. Juni 1998). Spätestens im Wintersemester 1999/2000 wird in der Soziologie diese neu eingerichtete Professur für „Empirische Geschlechterforschung“ besetzt. Bis dahin soll auch der

Studiengang „Gender Studies“ etabliert sein. Er ist als BA- und als Masterstudiengang im Haupt- und Nebenfach geplant und als Lehrverbund konzipiert, d.h. er wird zwar an eine bestehende Fakultät angebunden sein, aber fächerübergreifend - wie ein Netzwerk - Forschungsarbeiten und Lehrangebote miteinander verbinden. Neben der interdisziplinären Zusammenarbeit im universitätsinternen Bereich soll intensiv auch mit anderen Hochschulen im Freiburger Raum kooperiert werden. Konkrete Vorabsprachen bestehen schon mit der Pädagogischen Hochschule, der Evangelischen Fachhochschule, der Katholischen Fachhochschule und der Fachhochschule Furtwangen. Zur Zeit wird auch geprüft, inwieweit eine Abstimmung mit den Universitäten der Europäischen Konföderation der Oberrheinischen Universitäten (EUCOR) in Basel, Straßburg, Karlsruhe und Mulhouse möglich sein wird.

Darüber hinaus wurde bereits im Planungsstadium der Kontakt mit deutschen und internationalen Initiativen zu „Gender Studies“ gesucht. Während der Frauen-Info-Woche der Universität Freiburg im Juni 1998 informierte die Koordinatorin des Studiengangs „Gender Studies“ an der Humboldt-Universität Berlin, Frau Katrin Schäffgen, über die Entwicklungen, Erfahrungen und Perspektiven des Berliner Projekts. Nach intensiven Diskussionen konnte außerdem schon für das Wintersemester 1998/99 ein Kolloquium ins Leben gerufen werden, an dem Studierende, Promovierende, Habilitierende und Lehrende aus den Bereichen Anglistik, Germanistik, Geschichte, Forstwissenschaft, Informatik und Gesellschaft, Medizin, Philosophie, Politik, Romanistik, Slavistik, Soziologie und Theologie teilnehmen.

Im Wintersemester 1998/99 sollen die Absprachen über den Lehrverbund getroffen, ein Curriculum erstellt und die Abkommen mit den anderen beteiligten Hochschulen geschlossen werden. Es ist beabsichtigt, bis Ende des Sommersemesters 1999 die Studienpläne und Prüfungsordnungen den Entscheidungsgremien und dem zuständigen Ministerium vorzulegen.

Ellen Biesenbach, Marion Mangelsdorf